



Niederschrift

**über die 7. Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Jobcenterausschuss
am 27.11.2025**

**Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366
Köthen (Anhalt)**

Beginn der Sitzung: 18:03 Uhr
Ende der Sitzung: 20:49 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Verpflichtung sachkundiger Einwohner
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 04.09.2025
- 7 Informationen der Verwaltung
- 8 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 9 Berichterstattung zum Stand der Umsetzung der Konzessionsvergabe Rettungsdienst
- 10 Informationen zu aktuellen Sachständen/Entscheidungen des Jobcenters
- 11 Information zum Organigramm des Gemeindepsychiatrischen Verbundes und Besetzung der Mediationsstelle
- 12 Arbeitsplanung des Ausschusses für das Jahr 2026
- 13 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 13.1 Beitritt des Landkreises Anhalt-Bitterfeld zur K4K Kompetenz für Kommunale Innovation und Digitalisierung eG (K4K eG) BV/0189/2025
- 14 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Ehrlich eröffnet als Vorsitzender die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und entschuldigt den Landrat und den Dezernenten.

Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.
Es sind 8 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.
Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge vor.
Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig der Tagesordnung zu.

Punkt 4. Verpflichtung sachkundiger Einwohner

Herr René Vollmann wurde als sachkundiger Einwohner verpflichtet.
Herr Vollmann bedankt sich und stellt sich kurz vor.

Punkt 5. Einwohnerfragestunde

Es ist kein Einwohner anwesend.

Punkt 6. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 04.09.2025

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift vom 04.09.2025 vorgebracht.
Über die Niederschrift wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Punkt 7. Informationen der Verwaltung

Es sind keine amtlichen Mitteilungen vorgesehen.

Punkt 8. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Es sind keine amtlichen Mitteilungen vorgesehen.

Punkt 9. Berichterstattung zum Stand der Umsetzung der Konzessionsvergabe Rettungsdienst

Herr Donath hat das Wort und stellt die Leitung der Leistungserbringer der Johanniter im Regionalverband Sachsen-Anhalt/Südost mit Herrn Riemer und das DRK Köthen mit Frau Wecke vor.

Frau Wecke betreut die Rettungswache in Köthen (Anhalt), Aken und Radegast. Den Zuschlag der restlichen Rettungswachen des Landkreises Anhalt-Bitterfeld haben die Johanniter erhalten. Für die Johanniter ist außerdem Herr Siebert anwesend.

Herr Ehrlich erteilt Frau Wecke das Wort.

Frau Wecke stellt sich kurz vor und teilt mit, dass aktuell ca. 60 Mitarbeiter, zusätzlich Auszubildende und vereinzelt Aushilfen beim DRK tätig sind. Zusätzlich teilt Frau Wecke mit, dass ab dem 31.12.2024 die Rettungswache Radegast als Los-Vergabe hinzukam. Daraus haben sich 14 Vollzeit-Personalstellen ergeben. Die Übernahme und der Ablauf sind unkompliziert verlaufen.

Herr Heeg hat das Wort und hat eine Frage an Frau Wecke, bezüglich neuer Fahrzeuge und nicht mehr aktuellen Tablets, mit alter Software.

Frau Wecke teilt dazu mit, dass in Radegast zwei Fahrzeuge einzusetzen waren. Diese waren bis auf den Funk in der 49. Kalenderwoche 2024 fertig und einsatzbereit. Der Funk wurde bei beiden Fahrzeugen später eingerichtet. Durch ein weiteres Fahrzeug, welches zusätzlich übernommen wurde, war die Einsatzfähigkeit jedoch gegeben. Zu den Tablets teilt Frau Wecke mit, dass es sich um eine ältere Version handelt, wobei Altgeräte ersetzt wurden. Zudem teilt sie mit, dass es Schwierigkeiten mit dem Land gab, da aus Corona-Mittel neue Geräte und Software angeschafft werden sollten. Das hat bedauerlicherweise nicht funktioniert. Frau Wecke fügt hinzu, dass keine Papiererfassung erforderlich ist und die Mitarbeiter sehr pflegsam mit den Geräten umgeht und Ersatzteile vorhanden sind.

Herr Schütz (Vertretung für Frau Zoschke) bezieht sich auf den Personalstand und den aktuellen Fachkräftemangel und erfragt bei Frau Wecke, wie sie es in ihrem Einsatzgebiet gehandelt bekommen?

Frau Wecke teilt mit, dass der DRK aktuell 3 Auszubildende hat und noch eine weitere Stelle durch Radegast beantragt wurde. Diese wurde erfreulicherweise stattgegeben. Das Bewerbungsverfahren ist sehr gut verlaufen. Bezüglich des Fachkräftemangels teilt Frau Wecke mit, dass im Sommer ein Mitarbeiter das DRK verlassen hat und ein Ausgleich in diesem Jahr nicht erfolgen konnte. Dennoch war die Besetzung gesichert und es kam zu keinen

Abmeldungen. Frau Wecke fügt hinzu, dass das DRK im kommenden Jahr wieder voll besetzt ist.

Herr Ehrlich erfragt, wie der aktuelle Altersdurchschnitt ist?

Frau Wecke kann aktuell den Altersdurchschnitt nicht benennen. Sie fügt jedoch hinzu, dass im Jahr 2029/2030 ca. 5 Mitarbeiter in Rente gehen und erhofft sich daher, dass die Stellen mit dem selbst ausgebildeten Personal nachbesetzt werden können.

Herr Ehrlich erteilt Herrn Riemer das Wort.

Herr Riemer (Regionalvorstand) stellt sich kurz vor und teilt mit, dass man sich über den Gewinn der Ausschreibung gefreut hat. Mit dem Betriebsübergang vom DRK zu den Johannitern wurden 105 Mitarbeiter übernommen. Aus dem Bestand sind aktuell noch 103 Mitarbeiter tätig. In Summe beschäftigt der Johanniter aktuell 10 Auszubildende, einschließlich 4 neue Stellen. Spürbar ist der Fachkräftemangel auch bei dem Johanniter. Aktuell liegen 127 Bewerbungen für eine Ausbildung zum Notfallsanitäter vor. Wobei dieses Potential nicht genutzt werden kann, da sie in den Lehrstellen beschränkt sind. Es wird versucht in Rahmen einer Berufsbegleiteten Ausbildung dem Sanitäter die Chance zu ermöglichen, sich zum Notfallsanitäter ausbilden zu lassen. Aktuell gibt es 4, die berufsbegleitend die Ausbildung begonnen haben. Die Einsatzfahrzeuge sind soweit alle vorhanden und auf den neusten Stand. Zu Beginn der Betriebsübernahme war aufgrund von Lieferengpässen noch nicht bei allen Mitarbeitern die Einheitlichkeit der Dienstbekleidung gegeben.

Frau Hesse hat das Wort und erfragt ob es für den Rettungsdienst personell und bezüglich der vorhandenen Fahrzeuge problematisch sein wird, wenn zum 01.12.2025 keine Aufnahmen mehr in der Helios-Klinik in Zerbst stattfinden?

Herr Riemer teilt dazu mit, dass es aktuell nicht problematisch sein wird. Sollte das Krankenhaus jedoch vollständig schließen, muss für die Zukunft geschaut werden wie es weitergeht. Herr Riemer fügt noch hinzu, dass die Einsatzfahrzeuge so ausgestattet sind, dass sie über einen längeren Zeitraum fast alle Krankheitsbilder abdecken können.

Herr Sittig erfragt, wie der aktuelle Stand bezüglich Kompatibilität der Technik mit dem Krankenhaus in Bitterfeld ist?

Herr Riemer teilt dazu mit, dass mit der Betriebsübernahme die Funktechnik übernommen wurde, mit der ist keine Schwierigkeiten gab. Zu Beginn wurde eine mobile Lösung geschaffen. Herr Riemer fügt hinzu, dass die Tablet-Lösung des vorherigen Leistungserbringers nicht übernommen wurde und das aktuell die Erfassung in Papierform erfolgt. Aber auch dafür wird im Laufe der Zeit eine Lösung gefunden.

Herr Donath hat das Wort und teilt mit, dass in Verhandlungen festgelegt wurde, dass der Landkreis Anhalt-Bitterfeld neue Smartphone beschafft. Das hat sehr gut funktioniert und zum 01.01.2025 wurden alle Fahrzeuge mit neuen Geräten ausgestattet. Zusätzlich wurden durch den Landkreis Pieper zur Verfügung gestellt. Herr Donath teilt außerdem mit, dass Corona-Mittel Ende letzten Jahres nicht mehr genutzt werden konnte, da 2 Ausschreibungen nicht erfolgreich waren. Damit die Digitalisierung dennoch voranzubringen ist, möchte das Land eine Telematik Verordnung auf den Weg bringen. Dazu fand im August und im November 2025 ein Treffen statt, in der diese inhaltlich vorgestellt wurde. Die Verordnung sieht eine Umsetzung bis zum 01.07.2026 vor. Um zukünftig papierlos zu arbeiten, ist außerdem vorgesehen, dass zukünftig auch Krankenhäuser angebunden werden. Ziel ist, dass die medizinischen Geräte miteinander kommunizieren und alle patientenbezogenen Daten vor Ankunft im Krankenhaus vorliegen.

Herr Sittig hat das Wort und hat Fragen zur Telematik Verordnung, bezüglich der Datenübermittlung „Telematik Infrastruktur“, wie auch beispielsweise bei Arztpraxen, Apotheken usw.?

Herr Donath erklärt dazu, dass der Rettungsdienst aktuell nicht mit der elektronischen Patientenakte arbeiten kann, da kein Heilberufsausweis vorliegt. Nordrhein-Westfalen ist aktuell das erste Bundesland das damit startet.

Herr Koppe hat Fragen zur Kommunikation zwischen dem Rettungsdienst und dem Krankenhaus, auf Hinblick der Netzabdeckung in ländlichen Gebieten.

Herr Riemer teilt dazu mit, dass die derzeitige Kommunikation mittels Mobiltelefons und über Funk mit der Leitstelle geführt wird. Damit habe es nie Schwierigkeiten gegeben.

Herr Donath geht dazu auf die gesetzlich gebundene IVENA-Verordnung ein, die es seit 2020 gibt. Diese Verordnung besagt, dass die Anmeldung über die Leitstelle zu erfolgen hat. Mit Einführung der neuen Tablets ist vorgesehen, dass der IVENA-Code durch Eingabe der Daten automatisch erstellt wird, so dass der Rettungsdienst die Anmeldung selbstständig durchführen kann. Diese Möglichkeit ist allerdings noch abzuwarten. Zur Mobilen Abdeckung teilt Herr Donat mit, dass diese für die Zukunft eine große Rolle spielt, aber bis auf wenige Ausnahmen bisher sehr gut ist.

Herr Heeg hat das Wort und erfragt den Stand der neuen Leitstelle und den Status der neuen Software?

Herr Kohler teilt dazu mit, dass die Softwarepflege für die neue Leitstelle im vollen Gang ist und das in der letzten Woche in Greifswald mit den Datenträgern ein Katalog mit allen Leistungsmerkmalen abgearbeitet wurde. Der Termin für den Umstieg auf die neue Einsatzsoftware ist für Anfang des 2. Quartals 2026 anvisiert.

Punkt 10. Informationen zu aktuellen Sachständen/Entscheidungen des Jobcenters

Herr Ehrlich eröffnet TOP 10 und erteilt Frau Käbisch das Wort.

Frau Käbisch teilt mit, dass eine leicht sinkende Bedarfsgemeinschaftszahl vorliegt. Mit leichten Abweichungen zeigt sich dies auch bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.

Auf die anhängende Präsentation wird Bezug genommen.

Seit dem 24.10.2025 hat das Jobcenter vermehrt Ukrainer in die Beratung aufgenommen, da die Ausreisebestimmung für 18- bis 23-Jährige erleichtert wurde. Da diese im Regelfall mit Familienangehörigen einreisen, ist eine zusätzliche Belastung entstanden und die Bearbeitungszeit hat sich durch Sprachbarriere und Abforderung erforderlicher Unterlagen verlängert. Verteilt auf 25 Bedarfsgemeinschaften, sind ca. 57 erwerbsfähige ukrainische Leistungsberechtigte dazugekommen.

Frau Käbisch teilt außerdem mit, dass das Jobcenter für das Jahr 2026 eine Umschichtungsplanung von 2 Millionen Euro hat. Für den Eingliederungshaushalt stehen dann noch 8,4 Millionen Euro zur Verfügung. Nach Kreistagsbeschluss geht ca. die Hälfte an die AGH-Planung. Des Weiteren reicht das Verwaltungskostenbudget nicht aus, um die tatsächlichen

Kosten zu decken. Im Jahr 2026 wird es 12 Stellen weniger geben und dennoch steigen gemäß Planwert 2026 die Personalkosten um 21.000 €.

Ab dem 01.12.2025 werden die 4 Fachdienste im Arbeitsvermittlungsbereich auf 3 reduziert. In diesem Zusammenhang erfolgt eine Zusammenlegung der Standorte Köthen (Anhalt) und Zerbst/Anhalt. Aus organisatorischen Gründen sitzen die Mitarbeiter dann nur noch in Köthen (Anhalt).

Weiterhin hat die VHS (Mutterkonzern der KöBeG) mitgeteilt, dass im Jahr 2026 keine Maßnahmen mehr stattfinden und der Betrieb am 12.12.2025 endet. Nach einem neuen Träger, einschließlich einer geeigneten Immobilie, wird noch gesucht.

Frau Führer hat das Wort und geht auf die Thematik der VHS ein. Sie erfragt, in wie weit Unterstützung bezüglich einer geeigneten Immobilie geleistet werden kann?

Frau Käbisch teilt dazu mit, dass Vorschläge und Anregungen gern angenommen werden. Außerdem gibt es 2 Träger, die Interesse bekundet haben und mit denen man sich eine Zusammenarbeit sehr gut vorstellen kann. Aktuell gibt es eine Immobilie, die allerdings noch besichtigt werden muss.

Herr Heeg hat das Wort und nimmt Bezug auf eine zurückliegende Pressemitteilung, bei der mitgeteilt wurde, dass deutschlandweit ca. die Hälfte der vom Jobcenter vermittelten Arbeitnehmer nach 3 Monaten die Beschäftigung aufgeben. Herr Heeg möchte dazu wissen, wie die Situation im Landkreis Anhalt-Bitterfeld ist?

Frau Käbisch teilt dazu mit, dass ein Großteil der Vermittelten in der Helfertätigkeit tätig ist. Es gibt nur wenig Fachkräfte, außer sie wurden durch das Jobcenter qualifiziert. Hinzu kommt, dass manche Arbeitgeber unterschätzten, dass die Vermittelten noch Schulungsbedarf usw. benötigen. Frau Käbisch teilt außerdem mit, dass ihr nicht bekannt sei, dass 50% der Vermittelten die Tätigkeit abbrechen.

Herr Schütz hat das Wort und hat eine Frage zu Tafel. Da der bisherige Träger auch Ortschaften anfuhr, möchte er wissen ob diese Flächenabdeckung auch durch den neuen Träger vorgesehen ist? Des Weiteren möchte Herr Schütz wissen, warum die Personalkosten trotz weniger Stellen mehr werden?

Frau Käbisch teilt dazu mit, dass die Tarifsteigerung ein großer Faktor ist und die hinzukommenden Versicherungen auch eine große Rolle spielen. Bezüglich der Flächenabdeckung der Tafel teilt Frau Käbisch mit, dass aktuell keine Aussage getroffen werden kann. Es wird sich bemüht, dass bisherige Angebot aufrecht zu erhalten.

Herr Ehrlich bedankt sich für den Vortrag und geht auf TOP 11 über.

Punkt 11. Information zum Organigramm des Gemeindepsychiatrischen Verbundes und Besetzung der Mediationsstelle

Herr Dr. Beau hat das Wort und stellt das Organigramm des Gemeindepsychiatrischen Verbundes vor. Die Gründung des Verbundes wurde im Mai dieses Jahres vollzogen. Mit 5 gewählten Vertretern wurde der Vorstand gebildet. Zugleich wurde mit dieser Wahl eine Geschäftsordnung erstellt, die noch bestätigt werden muss.

Auf die anhängende Präsentation wird Bezug genommen.

Herr Dr. Beau stellt kurz die 5 Fachausschüsse vor und teilt dazu mit, dass jeder Fachausschuss einen entsprechenden Sprecher hat. Die Geschäftsstelle GPV-ABI wird durch Herrn Dr. Beau koordiniert.

Herr Heeg hat das Wort und erfragt um welche Mitglieder es sich handelt und welche Aufgabenstellung die einzelnen Mitglieder haben?

Herr Dr. Beau teilt dazu mit, dass der Vorstand aus 2 Mitglieder der Landkreisverwaltung und 3 Mitglieder aus den Korporationspartnern bestehen, die wie folgt besetzt sind:

- Frau Birgit Neuwirth (Alexianer Sachsen-Anhalt GmbH) – Vorstandsvorsitz
- Frau Gudrun Petzhold (Landkreis Anhalt-Bitterfeld) – stellv. Vorstandsvorsitz
- Herr Steffen Döring (Caritas-Sozialverbund gGmbH) – stellv. Vorstandsvorsitz
- Frau Claudia Ludwig (Landkreis Anhalt-Bitterfeld)
- Frau Carmen Ziegler (Gut Zehringen GmbH)

Herr Ehrlich teilt dazu mit, dass Frau Zoschke der Mediationsstelle zugehört und bittet Herrn Dr. Beau um Übermittlung des Handouts. Bezüglich Frau Zoschke und der Mediationsstelle teilt Herr Ehrlich noch mit, dass ggf. noch eine Auswahl getroffen werden muss. Herr Dr. Beau wird bei dieser Auswahl ebenfalls anwesend sein.

Herr Schütz hat das Wort und teilt mit, dass Frau Zoschke eine Bereicherung für den Verbund wäre, da die fachliche Expertise vorliegt und dass man sich über ein entgegengebrachtes Vertrauen freuen würde.

Frau Warmuth thematisiert die Gründung des Vorstandes und dessen Mitglieder. Sie bittet um Beispiele, die aufzeigen, wann und auf welche Weise der Vorstand kontaktiert werden soll.

Herr Dr. Beau teilt dazu mit, dass der Verbund in erster Linie die einzelnen Träger zusammenführt. Als Beispiel wurde dargelegt, dass die Initiative zur Kontaktaufnahme von einem Leistungsträger ausgeht. Das Anliegen wird anschließend im Plenum erörtert. Die Mitglieder stimmen dann über die mögliche Aufnahme des Leistungsträgers ab.

Frau Geßner (Fachdienstleiterin Sozialpsychiatrischer Dienst) teilt dazu mit, dass das Ziel des Gemeindepsychiatrischen Verbunds ist, im Landkreis die psychosozialen Versorgung zu verbessern – das steht an oberster Stelle. Des Weiteren ist im Psychisch Kranken Gesetz im Land Sachsen-Anhalt verankert, dass die Sozialpsychiatrischen Dienste einen solchen Verbund gründen müssen. Die Mediationsstelle hat die Aufgabe, Unterstützung zu leisten.

Frau Käbisch hat das Wort und bringt ein Beispiel aus ihrer täglichen Arbeit im Jobcenter vor. Sie teilt mit, dass Mitarbeiter in Arbeitskreisen vertreten sind, in der unter Berücksichtigung von Vertraulichkeit und Datenschutz schwierige Fälle besprochen werden können. Da alle Träger gemeinsam an einem Tisch sitzen, ist eine schnelle und effizienter Lösung möglich.

Herr Vollmann erfragt bei Herrn Dr. Beau, ob sich im Laufe der Jahre psychische Erkrankungen vermehrt haben und ob es dazu eine Statistik gibt? Weiterhin geht er auf den Fachärztemangel ein und erfragt, wo für die Patienten eine Verbesserung bezüglich der Gründung des Gremiums eintritt?

Herr Dr. Beau teilt dazu mit, dass sich psychische Belastungen vermehrt haben und dass dies alle Altersschichten betrifft. Die Statistischen Zahlen sind auf Bundesebene verfügbar und wurden auf den Landkreis heruntergebrochen. Demnach sind für Kinder und Jugendli-

che, gerade in der Corona-Zeit, die Belastungen z. B. durch Ängste gestiegen. Ebenfalls auffällig ist das Thema Sucht. Denn immer mehr junge Menschen fangen schon in sehr jungen Jahren an zu rauchen usw. Herr Dr. Beau empfiehlt auch dort Präventionsarbeit zu leisten.

Frau Geßner ergänzt dazu, dass das Gremium einen Mehrwert bringt. Es gibt immer mehr Belastungen und besonders prekäre Fälle, denen schnell und effektiv geholfen werden muss. Das Netzwerk ist dabei eine große Hilfe, um diese Fälle wieder am Leben teilhaben zu lassen.

Herr Heeg hat das Wort und nimmt Bezug auf die vorgeschlagene Kandidatin der Mediationsstelle. Er erfragt ob und in welcher Form Qualifikationen vorhanden sein müssen? Des Weiteren erfragt er, ob bezüglich der Prävention auch mit anderen Institutionen zusammengearbeitet wird?

Herr Dr. Beau teilt dazu mit, dass Frau Zoschke in der Vergangenheit, als es noch eine psychosoziale Arbeitsgemeinschaft gab, ein maßgeblicher Teil des Gesamtkonstrukts war. Die Aufgabenstellung erfordert keine vertiefte Expertise, setzt jedoch ein grundsätzliches Prozessverständnis voraus. Herr Dr. Beau fügt hinzu, dass Frau Zoschke das erforderliche Engagement für diese Aufgabe mitbringt.

Frau Geßner fügt bezugnehmend auf die Frage der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen hinzu, dass die Schulsozialarbeit mit der Einrichtung in der Hochschule zusammenarbeitet.

Punkt 12. Arbeitsplanung des Ausschusses für das Jahr 2026

Herr Braunsdorf hat das Wort und bittet um Vorschläge. Weiterhin teilt er mit, dass sich der Ausschusstermin am 29.01.2026 auf den 19.02.2026 und der Termin am 18.06.26 auf den 11.06.2026 verschiebt.

Frau Führer äußert den Wunsch, den Sozialplaner erneut einzuladen.

Herr Heeg hat das Wort und geht auf die Thematik Krankenhaus in Zerbst ein. Um die Krankenhaus- und Notfallversorgung weiter zu gewährleisten, teilt er mit, dass er gern heute und bereits schon in der Vergangenheit die Klinikleitung im Ausschuss gehabt hätte. Des Weiteren bittet er um schnelle Einstellung der Termine in das Session.

Herr Ehrlich teilt dazu mit, dass vorgemerkt wird, dass im kommenden Jahr ein kommunales oder evtl. einem zweiten kommunalen Krankenhause mehrmals eingeladen wird.

Da keine weiteren Zusätze hinzukommen, geht Herr Ehrlich auf TOP 13 über.

Punkt 13. Behandlung öffentlicher Vorlagen

Herr Pflugradt (Beteiligungsmanagement) hat das Wort und äußert sich zur Beitrittsplanung in die K4K. Die K4K kommt aus dem Bereich Digitalisierungsdienstleistung und bietet sich speziell für das Jobcenter an.

Frau Käbisch hat das Wort und fasst kurz die Beschlussvorlage zusammen. Sie teilt mit, dass die Möglichkeit geboten wird, sich mit anderen Kommunen auszutauschen. Der Beitritt in diese Genossenschaft bietet außerdem den Vorteil, erarbeitete Projekte im Rahmen eines Inhouse-Geschäfts direkt zu erwerben. Weiterhin kauft sich die Genossenschaft vorhandene Produkte und wird im Interesse der kommunalen Jobcenter weiterentwickelt.

Über den Eintritt in die Genossenschaft wird wie folgt abgestimmt:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Mit dieser Abstimmung wird dem Kreistag die Zustimmung erteilt.

Herr Ehrlich geht auf TOP 14 über.

Punkt 13.1. Beitritt des Landkreises Anhalt-Bitterfeld zur K4K Kompetenz für Kommunale Innovation und Digitalisierung eG (K4K eG)
Vorlage: BV/0189/2025

Punkt 14. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Ehrlich teilt mit, dass die Nichtöffentlichkeit hergestellt ist und eröffnet TOP 15.

gez. Thomas Ehrlich

Vorsitzende/r Sozial-, Gesundheits- und Jobcenterausschuss

gez. Sandra Berger
Gudrun
Petzhold
Protokollant/in